

# Gemeinsam Kräfte bündeln!

## Erfolgreicher Fachtag des Vereins Ombudsstelle für Kinder- und Jugendrechte in Hessen

Warum ist eine unabhängige Ombudsstelle für Kinder- und Jugendrechte in Hessen nicht nur sinnvoll, sondern notwendig? Wie kann sie auch in Zukunft unter rechtlichen und finanziellen Standpunkten in Hessen bestehen? Auf dem Fachtag „Gemeinsam Kräfte bündeln!“ am Mittwoch, 20. April 2016, diskutierten darüber Experten aus der Kinder- und Jugendhilfe, der Bildungswissenschaften und des Landesheimrats.

Eingeladen zu der gut besuchten Veranstaltung im Frankfurter Saalbau Gutleut hatte der kürzlich gegründete Verein Ombudsstelle für Kinder- und Jugendrechte in Hessen e.V. Der DKSB Landesverband Hessen e.V. ist Gründungsmitglied.

Frau Prof. Dr. Daniela Birkenfeld als Sozialdezernentin der Stadt Frankfurt eröffnete die Veranstaltung und betonte in ihren Grußworten, dass "alle Beteiligten in der Kinder- und Jugendhilfe gute Arbeit machen, das aber noch lange nicht heißt, dass man keine Ombudsstelle braucht!" An die Gründung der unabhängigen Ombudsstelle für Kinder und Jugendliche im Jahr 2012 auf Initiative von Caritas und Diakonie in Hessen erinnerte der Vorstandsvorsitzende der Liga der Freien Wohlfahrtspflege in Hessen, Thomas Domnick. „Im August 2015 ist die Liga der Freien Wohlfahrtspflege in die Trägerschaft des Projektes mit eingestiegen, am 17. März 2016 wurde der Verein Ombudsstelle für Kinder- und Jugendrechte in Hessen e.V. zur Unterstützung des Projektes gegründet. Wohlfahrtsverbände, Deutscher Kinderschutzbund, der Bundesverband der privaten Anbieter sozialer Dienste und das Institut für Vollzeitpflege und Adoption tragen den Verein.“

Um die „Arbeit von Ombudsstellen als Teil fachlichen Handelns in der Kinder- und Jugendhilfe“ ging es im Vortrag von Prof. Dr. Sandermann der Universität Trier. Er stelle glücklicherweise heutzutage fest, „dass nur Wenige öffentlich die Notwendigkeit von Beschwerdestellen und Ombudsstellen in Frage stellen“ und verwies auch auf die „noch nicht gut umgesetzte“ UN-Kinderrechtskonvention. Für ihn sei "die Vereinsgründung die derzeit einzig mögliche und konsequente Umsetzung des ombudtschaftlichen Konzeptes“.

Bei der anschließenden Podiumsdiskussion „Warum braucht Hessen eine Ombudsstelle aus Sicht von Theorie und Praxis?“ betonte Tasia Walter, Projektleiterin der Ombudsstelle: "In den Verfahren sind und bleiben die Jugendämter Herren des Verfahrens. Ich will nur den Jugendlichen eine Stimme geben.“ Gegner gebe es hier nicht. „Wir gehen alle an einen Tisch und sprechen nochmal darüber.“ Ein Gast aus dem Publikum forderte: „Geld muss her und zwar vom Gesetzgeber!“ Seiner Meinung nach handle die hessische Landesregierung unglaublich, wenn sie Koalitionsvereinbarungen treffe, die sie nicht einhalte.

Mehr als 80 Besucher kamen zum Fachtag „Gemeinsam Kräfte bündeln!“ und informierten sich über die Arbeit der Ombudsstelle in Hessen. Deutlich wurde: Es besteht Interesse und vor allem Bedarf an einer unabhängigen Vertretung von Kinder- und Jugendrechten in Hessen. In der [Frankfurter Erklärung](#) fordert der Verein, im Interesse der jungen Menschen, die ombudtschaftliche Vertretung brauchen, gezielte Förderung durch das Land Hessen, wie im Koalitionsvertrag vom 23. Dezember 2013 angekündigt.